



Projekt der außerschulischen, historisch-politischen Jugendbildung

30 Jahre nach dem Untergang der sozialistischen Staaten im sowjetischen Machtbereich – Eine historische Bilanz“ (2019)

Gefördert durch die Bundeszentrale für politische Bildung

Dieses Projekt versucht sich 30 Jahre nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Staatenwelt an der Bilanzierung einiger wichtiger politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Gesichtspunkte des Transformationsprozesses in der ostmitteleuropäischen Region und in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung sowie in den postsowjetischen Staaten.

Neun deutschlandweit veranstaltete Projektrunden unter der Leitung von Wolfram Tschiche (DDR-Oppositioneller, Theologe, Philosoph) richteten sich im Rahmen der außerschulischen Bildungsarbeit an Auszubildenden, Studierenden bzw. Schüler*innen.

Das **Jahr 1989** war ein Jahr von weltgeschichtlicher Bedeutung. In dieser Zäsur verdichten sich symbolisch das Ende sowohl des ‚Kalten Krieges‘ als auch die Systemkonkurrenz zwischen Ost und West, zwischen Demokratie und Autoritarismus, zwischen Kapitalismus und Kommunismus. Jene Aufhebung der Systemgrenzen – am stärksten versinnbildlicht durch den Berliner Mauerfall – steht für die Wiedervereinigung nicht nur der zwei deutschen Staaten, sondern auch des zweigeteilten europäischen Kontinents. Michael Gorbatschow ermöglichte den politischen Frühling, aber auch die Reformbewegungen und friedlichen Revolutionen in Mitteleuropa, die diesen Neuanfang zur Wirklichkeit machten. 1989 ist ohne den langen Prozess, der zu diesem Umbruch geführt hat, ohne die Aufstände und Reformbemühungen in Ungarn (1956) und der Tschechoslowakei (1968; 1977) oder die polnische Solidarnosc in Polen (1980/81) kaum in seiner gesamteuropäischen Bedeutung zu verstehen.

Gleichzeitig handelte es sich bei den friedlichen Revolutionen in Ostmitteleuropa nicht um Revolutionen im herkömmlichen Sinne. Die Forderungen von Dissidenten wie Vaclav Havel in der Tschechoslowakei, Adam Michnik in Polen und György Konrad in Ungarn waren im Grunde „anti-politisch“ und nicht darauf ausgerichtet, die politische Macht zu erringen. Sie riefen vielmehr nach den Menschenrechten, nach einem würdevollen „Leben in der Wahrheit“, nach einer „Rückkehr nach Europa“ und hielten die Werte einer von staatlichen Eingriffen freien Zivilgesellschaft hoch. Das Bemerkenswerte dabei war die nicht-utopische Natur der Forderungen, die im Kern einen Ruf nach



Normalität anstelle der Willkür der sozialistischen Staatsbürokratien enthielten. In diesem Sinne handelte es sich nach Jürgen Habermas um „nachholende Revolutionen“, die lediglich die Angleichung der im Westen erkämpften Rechte einforderten.

Zugleich wurden diese vor allem moralischen und philosophischen Forderungen der ostmitteleuropäischen Dissidentinnen und Dissidenten im Westen als Wiederentdeckung und Neubelebung des politischen und ökonomischen Liberalismus gefeiert. Bestärkt durch den Sieg über den implodierenden „real existierenden Sozialismus“ schienen plötzlich die zahlreichen Widersprüche und Verwerfungen der liberalen Demokratie und des Kapitalismus vergessen – so proklamierte man das „Ende der Geschichte“ (Francis Fukuyama)

In der Tat kennzeichnete das Weltereignis 1989 nicht nur das Ende einer Ära, sondern auch den Anfang eines grundlegenden Systemwandels. Die historisch einmalige Aufgabe in den ostmitteleuropäischen Staaten – auch in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung mit Besonderheiten – bestand darin, Demokratie und Kapitalismus gleichzeitig aufzubauen, sowie die „Rückkehr nach Europa“ politisch und kulturell zu bewerkstelligen.

Inzwischen aber hat sich die Geschichte längst wieder zu Wort gemeldet, und es haben sich fast zwangsläufig Enttäuschungen und Widersprüche gesellschaftspolitischen Ausdruck verschafft.

Die weit verbreitete triumphalistische Lesart sah in 1989 das Gründungsmoment liberaler Demokratie.

Demnach gelang es damals Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft und reformorientierten Mitgliedern der alten Eliten Vereinbarungen zu treffen, welche den friedlichen Machtwechsel ermöglichten. Gegenüber dieser Lesart hat sich seit einigen Jahren sowohl wissenschaftliche als auch politisch instrumentalisierte Kritik angesammelt. So ist u. a. dagegen eingewandt worden, dass hinter den politischen Umwälzungen des Jahres 1989 eher die Implosion des sowjetischen Herrschaftssystems und seiner „unzivilen“ Gesellschaft gestanden habe, als die heroischen Taten der systemkritischen Opposition (Stephen Kotkin). Außerdem war das Erbe der Dissidenten durchaus vielfältiger, als die genannte Deutung von 1989 suggeriert, denn sie enthielt innovative radikaldemokratische Forderungen, welche aber in Vergessenheit geraten sind.

Politisch wurden die Ereignisse von 1989 und die darauf folgenden Jahrzehnte vor allem von national-konservativen Parteien wie „Fidesz“ in Ungarn oder „Recht und Gerechtigkeit“ in Polen zu Krisenzeiten uminterpretiert. Im Pakt zwischen liberaler Opposition und den alten Machthabern sehen diese Parteien einen Verrat an den Zielen der Revolution und die Erbsünde der neuen politischen Ordnung. Im Namen einer „illiberalen“ Demokratie unterminieren sie Pressefreiheit, Gewaltenteilung und Rechts-



staatlichkeit und beziehen xenophobe und antieuropäische Positionen. Solche rechtspopulistischen und nationalistischen Bestrebungen, die sich inzwischen in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ausgebreitet haben, können zur deren Zerstörung führen.